

## „Deutsche Gesundheitspolitik vernachlässigt Europa“

Ein entschiedenes Plädoyer für die zahnärztliche Selbstverwaltung und für eine konsequente Ausrichtung auf Europa hat Professor Dr. Meinhard Heinze auf dem schleswig-holsteinischen Zahnärztetag in Neumünster und vor Zahnärzten der Initiative Berufspolitische Bildung (IBB) auf Einladung von Kammervizepräsident Hans-Peter Küchenmeister gehalten. Der Bonner Jurist machte den Heilberuflern Mut: Eine solidarische Zahnärzteschaft sieht er gut aufgestellt gegen die Begehren von Politikern und Kassenfunktionären.

„Wir werden eine radikale Umgestaltung innerhalb der nächsten fünf Jahre erleben und unser System nicht wiedererkennen“, prophezeite der

renommierte Jurist vor den Zahnärzten in Schleswig-Holstein. Diese Veränderungen werden aus seiner Sicht allerdings anders ausfallen, als von Kassenfunktionären und vielen Politikern beschrieben und erwünscht. Statt einseitiger Machtfülle auf Seiten der Kassen rechnet Heinze mit einer konsequenten Umsetzung des europäischen Wettbewerbsrechtes. Dieses werde Einkaufsmodelle nicht zulassen, beruhigte er die Zuhörer. Der deutschen Gesundheitspolitik stellte Heinze ein schlechtes Zeugnis aus. Mit dem seit Jahren zunehmenden staatlichen Dirigismus sieht er Deutschland nicht Europa kompatibel. Das in seinen Augen „versteinerte“ Sachleistungsprinzip werde zu Gunsten eines Mix aus Sachleistung und Kostenerstattung abgelöst.

Aber auch sonst sieht Heinze für die Zahnärzte

weniger dunkle Wolken aufziehen, als oft befürchtet. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die Zahnärzte ihre eigene Selbstverwaltung stärken, statt sie kaputt zu reden. Besonders unter jüngeren Zahnärzten sei in dieser Hinsicht noch viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten. Heinze bezeichnete die zahnärztliche Selbstverwaltung als ein „schwer erkämpftes Erfolgsprodukt“, das die Vorgänger mit viel Schweiß erkämpft hätten. Dieser Erfolg, so seine Mahnung, dürfe heute nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Erfolgreiche Arbeit bescheinigte Heinze den zahnärztlichen Standesorganisationen auf europäischer Ebene. Die „Top-Interessenvertretung“ der Bundeszahnärztekammer in Brüssel stellt nach seiner Beobachtung die anderen freien Berufe in den Schatten.

## Ulla Schmidt rechnet nur noch mit 8,5 Mrd.

Die rot-grüne Koalition rechnet mit deutlich geringeren Einsparungen durch die geplante Gesundheitsreform, als von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) angekündigt. In dem korrigierten Gesetzesentwurf, der der WELT vorliegt, wird für 2004 nur noch ein Einsparvolumen von 8,5 Mrd. Euro genannt. Schmidt hatte bislang eine Entlastung der Krankenkassen um rund 13 Mrd. Euro in Aussicht gestellt. Der Regierungsberater Bert Rürup erwartet trotz der Reform für das kommende Jahr weiter steigende Kassenbeiträge.

Mit der geringeren Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung rückt das vom Kanzler gesteckte Ziel, den durchschnittlichen Kassenbeitrag von derzeit 14,4 auf „unter 13 Prozent“ zu drücken, in weite Ferne. Denn die Krankenkassen haben derzeit Schulden in Höhe von bis zu sechs Mrd. Euro aufgehäuft. Die Union rechnet auch damit, dass der gesamte Sparbeitrag der Gesundheitsreform allenfalls

ausreicht, die Beiträge auf dem heutigen Niveau zu stabilisieren. Nach Schmidts ursprünglichen Plänen sollten die versicherungsfremden Leistungen in Höhe von insgesamt 4,5 Mrd. Euro im Jahr vollständig vom Bund finanziert werden. Dafür hat die Bundesregierung die schrittweise Anhebung der Tabaksteuern beschlossen. In dem Fraktionsentwurf ist jetzt nur noch von einer „Beteiligung des Bundes an versicherungsfremden Leistungen“ die Rede. Für 2004 soll es zunächst einen Bundeszuschuss in Höhe von einer Mrd. Euro geben. Für 2005 und 2006 sind Abschlagszahlungen von 1,5 und 2 Mrd. Euro vorgesehen.

Die Fraktionen von SPD und Grünen wollen die Gesundheitsreform am 18. Juni im Bundestag einbringen. Um das Verfahren zu beschleunigen, hatte Schmidt ihren Entwurf vergangene Woche als „Formulierungshilfe“ für die Fraktionen ins Kabinett eingebracht. Da die Reform der Zustimmung des unionsgeführten Bundesrates bedarf, wird über das Gesetzespaket voraussichtlich bis Herbst verhandelt werden.

## Peter Hintze fordert Euro-Feiertag

Die Einführung eines gemeinschaftsweiten Eurotags am 9. Mai hat der frühere CDU-Generalsekretär Peter Hintze (MdB) gefordert. Das Verlesen einer Erklärung des damaligen französischen Außenministers Robert Schumann am 9. Mai 1950 gilt heute als Geburtsstunde der EU. Das Ziel Schumanns, die wirtschaftlichen Ressourcen zusammenzulegen und die Lasten der kriegerischen Vergangenheit zu überwinden, sei voll aufgegangen. Von einem einheitlichen Feiertag verspricht Hintze sich ein Anwachsen des europäischen Bewusstseins und Zusammengehörigkeitsgefühls.

## Ausbildungsplatzabgabe

### „Falscher Pragmatismus mit kontraproduktiven Auswirkungen“

Der Präsident der Bundeszahnärztekammer verweist auf die hohe Ausbildungsquote in deutschen Zahnarztpraxen und warnt vor aufschiebender Wirkung für neue Ausbildungsverträge. Als „falschen Pragmatismus mit kontraproduktiven Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt“ hat der Präsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Dr. Dr. Jürgen Weitkamp, die auch in Regierungskreisen heftig umstrittene Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe verurteilt. „Die deutsche Zahnärzteschaft mit ihren Praxen ist besonders ausbildungs-

freundlich, innerhalb der freien Berufe nehmen wir mit aktuell rund 40.000 Ausbildungsplätzen eine Spitzenposition ein“, erklärte Weitkamp. Eine Ausbildungsplatzabgabe zum jetzigen Zeitpunkt könnte jedoch zur Folge haben, dass geplante Einstellungen von diesem auf das kommende Jahr verschoben werden, um der drohenden Abgabe zu entgehen. „Ein solcher aktueller Rückgang wäre genau das Gegenteil von dem, was die Bundesregierung eigentlich erreichen möchte“, warnte Weitkamp. Weitkamp wies darauf hin, dass das deutsche Gesundheitswesen mit 2,1 Millionen Beschäftigten einer der wichtigsten Job-Motoren in Deutschland sei. Die niedergelassenen Zahnärzte seien der viertgrößte Arbeitgeber im Gesundheitswesen.